

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Kurz kommentiert: Beitrittsländer - Entwicklungspolitik - EWG - Gewerkschaften - Rumänien

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1972) : Kurz kommentiert: Beitrittsländer - Entwicklungspolitik - EWG - Gewerkschaften - Rumänien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 10, pp. 507-508

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134452>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# KURZ KOMMENTIERT

*Beitrittsländer*

## **Das norwegische Nein**

Als das Ergebnis der Volksbefragung in Dänemark zum EWG-Beitritt bekannt wurde, atmete Europa auf. Der Schock, den eine Woche zuvor die Absage Norwegens auslöste, war damit zwar nicht überwunden, aber doch erheblich gelindert.

Rein ökonomisch wird sich das Fernbleiben Norwegens nicht nachteilig auf die Entwicklung in der künftigen Neuner-Gemeinschaft auswirken. Dazu ist das Wirtschaftspotential des Landes zu klein und seine wirtschaftsgeographische Lage zu peripher. Erinnert man sich zudem an das norwegische Fischereiproblem, dann ist der Gemeinschaft sogar eine Hypothek genommen, die sie in den kommenden Jahren schwer belastet hätte.

Dennoch sollte die Haltung der norwegischen Bevölkerung zu denken geben. Mit ihrem Veto verstieß sie zwar gegen jede ökonomische Rationalität. Gleichzeitig hat sie aber zu erkennen gegeben, wie sie das gemeinsame Europa politisch einschätzt. Und hier liegt die eigentliche Bedeutung des EWG-Referendums. Die Politiker der Mitgliedstaaten mußten erkennen, daß die Gemeinschaft in der Bevölkerung nicht besonders populär ist. Dieses Ergebnis zeigte sich schon im April beim EWG-Referendum Pompidous, und es wurde jetzt von den Norwegern und von großen Teilen der dänischen Arbeiterschaft bestätigt.

Die fehlende Attraktion der EWG für die Bevölkerung in den alten und neuen Mitgliedsländern beruht einmal auf einem Mangel an Transparenz im Hinblick auf die unmittelbaren Vorteile des Zusammenschlusses. Daneben sind die schwerfälligen Entscheidungsprozeduren in der EWG für die Bevölkerung nicht mehr durchschaubar, weil die Gemeinschaft immer mehr zu einer Angelegenheit für Technokraten geworden ist. Eine Wende ist nur möglich, wenn die EWG im ökonomischen Bereich verbraucherfreundlicher wird. Und im politischen Bereich müßte die Bevölkerung unmittelbar beteiligt werden, was europäische Direktwahlen und eine Stärkung der EWG-Institutionen, Parlament und Kommission, notwendig macht. kb

*Entwicklungspolitik*

## **Fehlende Harmonisierung in der EWG**

Erstmals wird in Brüssel die Vereinheitlichung der Entwicklungspolitik der EWG-Mitgliedsländer von den dafür zuständigen Ministern beraten. Zu kon-

kreten Schritten konnte man sich jedoch noch nicht durchringen. Das Problem wurde vielmehr an einen neu zu gründenden Ausschuß hoher Beamter verwiesen. Dennoch zeigten sich die Minister zufrieden, weil die Entwicklungshilfe als europäische Gemeinschaftsaufgabe anerkannt wurde.

Alle anders lautenden Erklärungen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Weg zu einer europäischen Entwicklungspolitik – von der Assoziierungspolitik sei abgesehen – noch sehr lang sein wird. Zu sehr wird Entwicklungspolitik nämlich noch als ein kurzfristiges Instrument der nationalen Außenpolitik angesehen. So möchten Frankreich und Italien die Hilfe auf die traditionell mit ihnen und der EWG verbundenen Staaten Afrikas konzentriert wissen. Die Niederlande, Belgien und die Bundesrepublik betonen dagegen die gemeinsame Verantwortung des größten Wirtschaftsblocks der Erde für die gesamte Dritte Welt. Und diese Gegensätze werden sich in absehbarer Zeit kaum abbauen lassen.

Eine harmonisierte und damit wesentlich effizientere Entwicklungspolitik ist somit noch nicht in Sicht. Dies ist um so bedauerlicher, als die Gemeinschaft – mit Ausnahme Frankreichs – bis 1975 voraussichtlich auch nicht das von ihren Mitgliedern gebilligte UNO-Ziel, 0,7 % des Brutto-sozialprodukts an staatlicher Hilfe bereitzustellen, erreichen wird. Einen heilsamen Zwang könnte jedoch die 1973 tagende GATT-Konferenz ausüben. Bis dahin sollten sich die EWG-Staaten schon im eigenen Interesse zumindest auf eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber den Entwicklungsländern einigen. fa

*EWG*

## **Regionalpolitische Stagnation**

Auch der jüngste Versuch, die Regionalpolitik der Gemeinschaft endlich aus dem jahrelangen Stadium der Diskussion herauszuholen, verlief im Sande. Der im März groß angekündigte Regionalfonds wurde nicht eingerichtet. Auch die Verteilung von jährlich 50 Mill. RE aus dem Agrarfonds zur Schaffung von industriellen Arbeitsplätzen in den wirtschaftlich rückständigsten Agrarregionen ist vorerst blockiert, weil sich der Ministerrat über die Vergabeprozedur nicht einigen konnte. Ein deutsch-französischer Vorschlag lief darauf hinaus, Regionalprojekte national zu beschließen und zu finanzieren. Erst im nachhinein sollten die Mittel dann aus der Gemeinschaftskasse zurückerstattet werden.

Nun werden die beteiligten Regierungen nicht müde zu betonen, daß das angestrebte Gleichgewicht der regionalen Entwicklung in den Partnerländern nur zu erreichen ist, wenn innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion Regionalpolitik nicht lediglich unter nationalen Aspekten betrieben wird. Verfolgt man diesen Leitsatz konsequent, und kommt es zu einer schwerpunktmäßigen Umverteilung von Ressourcen zugunsten der Länder mit den größten Strukturproblemen, so muß dies – wenigstens zeitweise – zu einer relativen Wachstumsverminderung bei den übrigen Partnern führen.

Daß hierin sehr viel innenpolitische Brisanz liegt, leuchtet ein und wird durch die starren Positionen im Ministerrat noch unterstrichen. Der deutsch-französische Kompromißvorschlag zeigt, daß in beiden Ländern gegenwärtig keine Bereitschaft besteht, auch nur einen Teil des regionalpolitischen Instrumentariums ohne eine mehr oder minder direkte nationale Kontrolle einzusetzen. Solange europäische Gemeinschaftsakte unter dem Gesichtspunkt kurzfristiger eigener Vorteile gesehen werden, wird die regionalpolitische Stagnation in Brüssel wie bisher zur Tagesordnung gehören.

#### Gewerkschaften

### Multinationale Solidarität?

Der Streik in verschiedenen Chemiefaserwerken des Akzo-Konzerns hat die Problematik multinationaler Unternehmen wieder einmal deutlich gemacht. Im April kündigte die Konzernleitung an, daß etwa 6000 Arbeitnehmer in Holland, Belgien, der Bundesrepublik und der Schweiz durch Stilllegung von Betriebsstätten ihre Arbeitsplätze verlieren würden. Kurz zuvor noch war ihnen versichert worden, der größere Rahmen des Akzo-Konzerns verbessere ihre Arbeitsplatzsicherheit. Die ersten Reaktionen der Gewerkschaften hierauf ließen vermuten, daß ihre internationale Solidarität nur ein Schlagwort ist. Das änderte sich jedoch mit dem Streik in Breda. Die Delegierten des IG-Chemie-Kongresses stellten sich einstimmig hinter ihre holländischen Kollegen, und bei der Enka-Glanzstoff AG kam es im Werk Barmen zu einem Sympathiestreik. Der Ausgang der konzentrierten Aktion – das vollständige Zurückziehen des Stilllegungsplans durch die Akzo-Konzernleitung – hat gezeigt, daß Entscheidungen von so weittragender Bedeutung nicht mehr in jedem Fall ohne Beteiligung der Betroffenen vorgenommen werden können. Abzuwarten bleibt jedoch, ob es den Gewerkschaften im Fall Akzo tatsächlich gelungen ist, die Arbeitsplätze ihrer Mitarbeiter auf Dauer zu sichern.

Aus der vorerst erfolgreichen Aktion aber zu schließen, daß neben den multinationalen Unternehmen nun auch multinationale Gewerkschaften existieren, ist allerdings verfrüht. Denn bis zur Entwicklung einer gemeinsamen Strategie müssen die Gewerkschaften noch eine Reihe von organisatorischen Hindernissen überwinden. Und vom Abschluß multinationaler, d. h. europäischer Tarifverträge, wie sie die Gewerkschaften anstreben, ist man noch weit entfernt.

#### Rumänien

### Monetäre Integration mit dem Westen?

Der Aufnahmeantrag Rumäniens in den IWF und die Weltbank könnte der erste Schritt zu einer west-östlichen Integration der Währungssysteme sein, zumal – wenn man den Gerüchten glauben darf – bald auch Polen und Ungarn einen solchen Antrag stellen werden. Der Zeitpunkt dieses monetären Brückenschlages zwischen Ost und West ist um so interessanter, als sich gegenwärtig beide Währungssysteme in einer Phase der Umorganisation befinden. Das Streben nach einem gold- und dollarunabhängigen Währungssystem im Westen und die im Komplexprogramm des RGW vorgesehene Schaffung realistischer Wechselkurse und einer blockinternen Konvertibilität, die nach Angaben der polnischen Zeitung „Zycie Warszawy“ entgegen dem ursprünglichen Zeitplan bereits 1974 erfolgen soll, bietet die Gelegenheit, die Maßnahmen so zu gestalten, daß eine spätere Integration der Systeme erfolgen könnte.

Ob Rumänien – möglicherweise mit Zustimmung Moskaus – bei diesem Prozeß Vorreiter und Interessenvertreter des Ostblocks sein soll, ist schwerlich festzustellen. Ein naheliegender Grund für den rumänischen Schritt können jedoch zunächst auch die Weltbankkredite und die Devisenquelle der Sonderziehungsrechte sein, auch wenn Rumänien wegen seines bereits erreichten Entwicklungsstandes wohl kaum Anspruch auf die Vorzugskredite der Weltbanktochter IDA anmelden kann. Auch dürften die in Rumänien geschaffenen Kapitalbeteiligungsmöglichkeiten durch eine Fonds-Mitgliedschaft an Attraktivität gewinnen. Die mit dem Beitritt verbundene Übernahme der Konvertibilitätsverpflichtung ist, zumal Artikel 14 der IWF-Satzung hierbei große Milde walten läßt, eine von Rumänien sicherlich leicht zu erbringende Gegenleistung. Eher ist es verwunderlich, daß sich mit diesem Schritt zum ersten Mal ein RGW-Land der Prüfung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Fonds unterwirft und die sich daraus meistens ergebenden Empfehlungen entgegenzunehmen gewillt ist.